

Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach gesundheitsförderlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrte Bundesministerinnen und Bundesminister, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien,

wir fordern Sie auf, noch in dieser Wahlperiode einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zur Beratung und Abstimmung im Bundestag vorzulegen.

Aktuelle Forschung zu den Erfahrungen ungewollt Schwangerer in Deutschland zeigt: Der Schwangerschaftsabbruch wird stigmatisiert und die Versorgungslage ist vielerorts unzureichend. Jedoch wären mehr Gynäkolog*innen bereit Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, wenn sich die Rahmenbedingungen verbessern würden. Sie sehen den § 218ff StGB als wesentlichen Teil des Problems. Der Bericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin zeigt auf, dass Gesetzesänderungen zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs notwendig und verfassungsrechtlich möglich sind. Die grundsätzliche Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs mindestens in der Frühphase der Schwangerschaft ist nicht haltbar.

Wir halten fest, was sich aus unserer Sicht nicht bestreiten lässt: Der § 218 StGB ist kein guter Kompromiss. Eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung ist dringend geboten und auch machbar. Lebensschutz kann und muss mit anderen Mitteln umgesetzt werden.

Laut aktuellen Meinungsumfragen durch das BMFSFJ findet die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, [dass Schwangerschaftsabbrüche künftig nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden sollten.](#)

Evidenz der Problemlage, Lösungsansätze und eine breite gesellschaftliche Unterstützung sind gute Voraussetzungen dafür, im Bundestag eine parlamentarische Mehrheit für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zu erreichen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag formuliert: „Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Wir stellen Versorgungssicherheit her.“ In diesem Frühjahr wurde das Grundgesetz 75 Jahre alt – und mit ihm der Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3, der trotz staatlicher Verpflichtung immer noch nicht vollumfänglich umgesetzt wird. Angesichts aktueller Entwicklungen und bevorstehender Wahlen erwarten wir von Regierung und demokratischen Parlamentarier*innen dringend, Menschen- und Frauenrechte vor Demokratiefeinden zu verteidigen, zu schützen und abzusichern. Dazu gehört auch, dass Sie sich aktiv für eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen!

Unsere Verbände und Organisationen sichern Ihnen ihre Unterstützung für die Konzeption und Umsetzung einer zielführenden gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs nach gesundheitsförderlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten zu.

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland
e.V. ,

Marcus Graubner, Vorsitzender
Klaus Heidrich, Schatzmeister

AWO Bundesverband e.V.,
Kathrin Sonnenholzner,
Vorsitzende des Präsidiums

ABiD ALLGEMEINER
BEHINDERTENVERBAND
IN DEUTSCHLAND E.V.



Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin,
Psychotherapie und Gesellschaft e.V.,
Juliane Sim, Vorsitzende



Amnesty International,
Dr. Julia Duchrow, Generalsekretärin



Berliner Frauenbund 1945 e.V.,
Mechthild Rawert, Vorsitzende



Berufsverband für Heilpraktikerinnen – LACHESIS,
Anna Bluhm, Geschäftsstelle



Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung,
Dr. Ines P. Scheibe, Koordinierungskreis



Bundesforum Männer,
Dr. Dag Schölper, Geschäftsführer



Bundesverband Frauenberatungsstellen und
Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e.V.,
Katja Grieger und Katharina Göpner,
Geschäftsführung



Bundesverband Trans* e.V.,
Nora Eckert, Vorständin

CFFP – the centre for feminist foreign policy
Kristina Lunz und Nina Bernarding, Leitung



Deutscher Hebammenverband e.V.,
Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin



Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische
Frauenheilkunde und Geburtshilfe e.V.
Dr.med. Claudia Schumann-Doermer



Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V.
(DGVT),
Monika Bormann



Deutscher Gewerkschaftsbund,
Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende



Doctors for Choice Germany,
Dr. med. Leonie Kühn, Co-Gründerin und
Vorstandsmitglied



Evangelische Frauen in Deutschland e.V. Angelika
Weigt-Blätgen, Vorsitzende des Präsidiums



Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin,
Dr. Jutta Begenau und Sybill Schulz, Sprecherinnen



Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
Sprecherinnenrat



Frauenrat Saarland e.V.,
Eva Groterath, Vorsitzende



Giordano Bruno Stiftung
Dr. Michael Schmidt-Salomon, Vorsitzender



Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus
Beier, Vorsitzende



Humanistischer Verband Deutschlands –
Bundesverband,
Katrin Raczynski, Vorstand

Jugendnetzwerk Lambda e.V.,
Vorstand



Landesfrauenrat Baden-Württemberg e.V.
Prof.in Dr. Ute Mackenstedt u. Verena Hahn
Vorsitzende



Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz
Gisela Reiber, 1. Vorsitzende



Landesfrauenrat Sachsen e.V.
Susanne Köhler u. Dr. Jessica Bock, Vorsitzende



Landesverband Sexuelle Gesundheit Niedersachsen /
Aidshilfe Niedersachsen,
Christin Engelbrecht, Geschäftsführung
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für
Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e.V.,
Thomas Altgeld, Geschäftsführer



medica mondiale e.V.
Dr. Monika Hauser, Vorsitzende
Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit,
Dr. Ute Sonntag, Koordination



Paritätischer Gesamtverband e.V.,
Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender



pro familia Bundesverband e.V.,
Monika Börding, Vorsitzende



Sanktionsfrei e.V.
Helena Steinhaus, Gründerin & Geschäftsführerin



Spitzenfrauen*Gesundheit,
Antje Kapinsky, Vorstand

TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau
e.V.,
Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin



TERRE DES FEMMES
www.frauenrechte.de

Verband binationaler Familien und Partnerschaften,
iaf e.V.,
Asiye Balıkcı-Schmidt, Bundesvorsitzende
ver.di,
Silke Zimmer, Mitglied des Bundesvorstands



verein demokratischer ärzt*innen
Elisabeth Furian, Vorstand



Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.,
Daniela Jasper, Bundesvorsitzende



Zentralrat der Konfessionsfreien e.V.
Ulla Bonnekoh, stv. Vorsitzende

